

Ilse Brusis

Annäherungen an die Zukunft

Zum Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms der SPD

Ilse Brusis, geb. 1937 in Wattenscheid, ist von Beruf Lehrerin. Sie war Schulrätin, Mitglied des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der GEW. Seit Mai 1982 ist sie Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB und dort zuständig für die Bereiche Jugend und Gewerkschaftliche Bildung. Sie ist stellv. Vorsitzende der Programm-Kommission der SPD.

Ein neuer Fortschrittsbegriff

Debatten über neue Grundsatzprogramme haben zweifellos den Vorteil, fern von tagespolitischen Entscheidungszwängen über gesellschaftliche Entwicklungen reflektieren, ihre Ursachen ausleuchten, über mittel- bis langfristige Perspektiven in Ruhe diskutieren zu können. Der langwierige Prozeß der Entstehung eines nunmehr vorliegenden Entwurfs für ein Grundsatzprogramm der SPD findet sicherlich hier seine Ursachen. Wenn der Termin des Parteitag, auf dem sich die SPD ihr neues Programm endgültig geben will, in den Dezember 1989 verlegt wurde, so soll damit Gelegenheit gegeben werden, den Entwurf eingehend zu analysieren und zu ihm Stellung zu nehmen.

Zweifellos ist es auf das besonders enge Verhältnis zwischen DGB-Gewerkschaften und SPD zurückzuführen, daß in der Programmkommission, in Foren und bei Werkstattgesprächen oder anderen Gelegenheiten zahlreiche Kolleginnen und Kollegen den Diskussions- und Erarbeitungsprozeß des neuen Programms mitgestalten konnten. Nicht zuletzt darum ist der Entwurf meines Erachtens eindeutig von gewerkschaftlicher Handschrift geprägt. Das gilt nicht nur für die Kapitel zur Zukunft der Arbeit, das sozial- oder das wirtschaftspolitische Kapitel, sondern auch für den Grundansatz des neuen Pro-

gramms: eine Weiterentwicklung und Neudefinition des sozialdemokratischen Fortschrittsbegriffs.

Es war nicht zuletzt das Verdienst Willy Brandts, darauf hingewiesen zu haben,

- daß der sich zuspitzende Konflikt zwischen den Ländern des industriellen Nordens und des unterentwickelten Südens;
- daß das wachsende Bewußtsein für die Gefährdungen der natürlichen Lebensgrundlagen,
- aber auch der tiefgreifende Strukturwandel von Wirtschaft und Arbeitswelt sowie die Herausforderungen zunehmender internationaler und regionaler Verflechtungen

von der SPD eine Weiterentwicklung ihres Godesberger Programms geradezu verlangen.

Der erste - von der Programmkommission im Juli 1986 veröffentlichte - Entwurf (Irseer Entwurf) setzte den Akzent auf die Gefährdungen, die unserer Zukunft drohen: das atomare Wettrüsten, ökologische Krisen, bestimmte technologische Entwicklungen, Massenarbeitslosigkeit und neue Armut. Demgegenüber hat die nach Irsee gebildete zweite Programmkommission, deren Vorsitz Hans-Jochen Vogel übernahm, auf eine positive Definition des Fortschrittsbegriffs Wert gelegt. Sie sollte sagen, welche Ziele Sozialdemokraten anstreben und erst anschließend auf Hindernisse und Gefahren verweisen, die es zu überwinden gilt.

- Leitgedanken des neuen sozialdemokratischen Fortschrittsbegriffs sind
- das verstärkte Bemühen um Sicherheitspartnerschaft und friedlichen Wettbewerb zwischen den Völkern und die Reduzierung des Wettrüstens,
 - die Fortentwicklung des Ost-West-Verhältnisses im Spannungsfeld zwischen Streitkultur unterschiedlicher Systeme und Partnerschaft,
 - der Vorrang der politischen Einigung und sozialen Gestaltung des neuen „Bundesstaates Europa“,
 - eine dauerhafte und gerechte Weltwirtschaftsordnung, die den Völkern des Südens Gleichberechtigung und Möglichkeiten zu einer emanzipatorischen Entwicklung gibt,
 - die Betonung der ökologischen und sozialen Dimension des Wirtschaftens,
 - die Dringlichkeit der Verwirklichung der gesellschaftlichen Gleichheit von Mann und Frau,
 - Vollbeschäftigung, das heißt gleiche Chancen für Männer und Frauen bei der Ausübung einer humanen Erwerbsarbeit,
 - Verteilungsgerechtigkeit und Wirtschaftsdemokratie,
 - Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in Betrieben und in der Wirtschaft und - als Mitentscheidungsprozeß der Bürger - bei der Einführung neuer Techniken sowie die Ausgestaltung des demokratischen Rechtsstaates.

Dieser, im Unterschied zu Godesberg erweiterte und in vielem neu dimensionierte Fortschrittsbegriff, enthält sicherlich ein ganzes Stück konkreter Utopie.

Gerade darum hat die Programmkommission sich intensiv der Frage gewidmet, auf welchen Wegen dieser Fortschritt durchgesetzt werden soll. Aufbauend auf den Vorarbeiten der Grundwertekommission entwickelt das Kapitel „Grunderfahrungen und Grundwerte“ ein Politikverständnis, das der weitverbreiteten Kritik an politischen Parteien gerecht werden will: Dabei hält der Entwurf an der Grundsatzentscheidung von Godesberg fest, daß in der Sozialdemokratischen Partei Menschen „verschiedener Glaubenshaltungen, Überzeugungen“ zusammenarbeiten. Eine wie auch immer definierte offizielle sozialdemokratische „Politikdoktrin“ gibt es nach wie vor nicht.

Im Gegenteil, neben dem Christentum, der humanistischen Philosophie und der Aufklärung wird die Marxsche Geschichts- und Gesellschaftslehre als geistige Wurzel des demokratischen Sozialismus in Europa genannt. Dies ist sicherlich nicht als Rückfall hinter Godesberg, das den offiziellen Marxismus zu Grabe trug, zu werten, sondern als eine, wenn auch verspätete, Reaktion auf fruchtbare Denkanstöße der außerparlamentarischen Opposition, der sogenannten 68er-Generation. Darüber hinaus betont der Entwurf die Achtung vor den persönlichen Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen, die niemals Parteibeschlüssen unterworfen sein können.

Grenzen politischen Handelns werden auch im folgenden Kapitel deutlich gezogen: Sozialdemokratische Politik geht von den Menschen aus, wie sie sind, nicht wie sie sein sollten. Irrtum und Schuld, Krankheit und Unglück, Schmerz und Verzweiflung, Versagen und Scheitern gehören zum Leben der Menschen und lassen sich durch keine Politik wegdefinieren. Das ist eine Reflexion, die nicht zuletzt vor den menschlichen Hintergründen manchen politischen Skandals nur allzu notwendig ist.

Im Gegensatz zu atavistischen Welt- und Menschenbildern aus dem neokonservativen bis rechtsextremistischen Spektrum, die unter anderem die Verhaltensweisen von Graugänsen zur Grundlage menschlichen Zusammenlebens machen, geht sozialdemokratische Politik immer von der Vernunft und Lernfähigkeit des Menschen aus. Sie bleibt der Tradition der Aufklärung und ihren Zielen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verbunden. Neoromantizismus und postmoderne Politikferne sind, bei allem Respekt vor veränderten Wertvorstellungen der Menschen, nicht Sache sozialdemokratischer Politik. Aber auch technokratischen Politikmodellen, wie sie unter anderen Lothar Späth vertritt, erteilt der Programmentwurf eine eindeutige Absage.

Politik „muß mehr und anders sein als das Management des unvermeidlich Gewordenen; um vertrauenswürdig zu sein, muß sie sich Handlungsspielräume sichern und eröffnen“. Dazu gehört auch die politische Gestaltung von Technik und Wirtschaft.

Sozialdemokraten, das ist der Leitgedanke des Programms in der Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitspolitik, wollen nicht um jeden Preis modernisieren, sie wollen vielmehr eine politische Gestaltung, deren Grundlagen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind.

Die seit Godesberg feststehenden Grundwerte werden in ihrer sozialen Dimension reflektiert:

- Freiheit verlangt Demokratie als Gestaltungsprinzip von Wirtschaft und Gesellschaft;
- Gerechtigkeit ist die Chance der politischen und sozialen Teilhabe, das Recht auf soziale Sicherung;
- Solidarität ist zuvorderst Waffe der Schwachen im Kampf um ihr Recht.

Das sind Grundprinzipien, an denen sich auch gewerkschaftliches Handeln orientiert.

Mag der an konkreten Sachaussagen interessierte Leser vielleicht schnell über die Grundsatzkapitel hinweggehen, für das Selbstverständnis, das Wir-Gefühl einer Partei sind sie wesentlich. In einer Zeit des tiefgreifenden Strukturwandels, widerstreitender Interessen und Meinungen, der - abbröckelnden - Hegemonie des Neokonservatismus und grün-alternativer Zukunftsentwürfe behalten Orientierungen und Identifikationen politischen Handelns ihre Notwendigkeit und Wirkung.

Zukunft der Arbeit

Die hohe Kunst der Formulierung eines Grundsatzprogramms besteht vor allem darin, das Grundsätzliche, den neuen Fortschrittsbegriff, auf das Konkrete, die einzelnen Handlungsfelder der Politik anzuwenden. Daß die Kapitel Zukunft der Arbeit und Wirtschaftspolitik im Laufe der Diskussion mehr und mehr in den Mittelpunkt der Kontroversen geraten sind und auch in der veröffentlichten Meinung Beachtung fanden, ist weniger das Verdienst Oskar Lafontaines, als vielmehr der Tatsache zu verdanken, daß die SPD besonders ihre beschäftigungs- und wirtschaftspolitische Kompetenz stärken muß, will sie in dieser Republik wieder mehrheitsfähig werden. Darüber hinaus rühren gerade Wirtschafts- und Arbeitspolitik an den Nerv sozialdemokratischer Identität.

Beide Kapitel verführen allerdings auch dazu, tagespolitische Debatten und Kontroversen mit Grundsätzlichem zu vermengen: Der Streit um die Sonntagsarbeit, um den vollen Lohnausgleich bei der Arbeitszeitverkürzung, um die Flexibilisierung und das Verhältnis von Maschinenlauf- zu Betriebszeiten hat so manchen Vorentwurf geprägt. Diese Kontroversen sind allerdings eher Randerscheinungen geblieben. Um ein Ergebnis vorwegzunehmen: Die Formulierungen des endgültigen Entwurfes entsprechen weitgehend gewerkschaftlichen Vorstellungen. So soll der Samstag nicht zum Regelarbeitstag, Sonntagsarbeit soll nur in zwingenden Ausnahmefällen geleistet werden. Löhne und Gehälter bei Arbeitszeitverkürzung sollen nach Einkommensgruppen differenziert erhöht werden - unter dem Primat einer gerechten Einkommensverteilung bedeutet dies den vollen Lohnausgleich. Flexibilisierung der Arbeitszeiten soll nur erfolgen, soweit sie arbeitnehmerorientiert und kollektiv abgesichert ist, wobei die Nachtarbeit auf Ausnahmefälle beschränkt

werden soll. Geänderte Arbeitszeiten sollen zudem nicht *automatisch* kürzere Maschinenlaufzeiten bedeuten - eine sehr verhaltene Aussage.

Bedeutsamer als diese Debatte war die Diskussion um den sogenannten erweiterten Arbeitsbegriff. Mehrere Mitglieder der Programmkommission, unter anderem Oskar Lafontaine, plädierten für eine Aufwertung der Tätigkeiten außerhalb der bezahlten Erwerbsarbeit und ihre materielle Absicherung. Konkret ging es dabei um eine Grundsicherung für die sogenannten gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten, vor allem die Familienarbeit. Damit war die Kommission vor die Entscheidung gestellt, gesellschaftlich notwendige, aber unbezahlte Tätigkeiten, wie Alten- und Krankenpflege, Kindererziehung, Weiterbildung, Umschulung, aber auch freie Tätigkeit und Muße sowie ehrenamtliches gesellschaftliches Engagement programmatisch und politisch höher zu bewerten oder aber einen deutlichen Akzent auf die Befreiung *in der Arbeit* zu setzen, das heißt Vorschläge für eine Humanisierung, Qualifizierung und Demokratisierung der bezahlten Erwerbsarbeit zu entwickeln.

An diesem Punkt war letztendlich auch die Frage nach der künftigen Identität der Sozialdemokratischen Partei aufgeworfen: Bleibt sie eine Partei der Reform der Arbeitswelt oder wird sie zu einer Gesinnungsgemeinschaft, die sehr unterschiedliche, zum Teil in sich widersprüchliche Interessen vereinigt? Eine grundsätzliche Verschiebung der Schwerpunkte sozialdemokratischer Arbeits- und damit Gesellschaftspolitik hätte zudem die Entfernung zwischen Sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften deutlich vergrößert. Die Gleichsetzung unbezahlter gesellschaftlicher Arbeiten mit bezahlter Erwerbsarbeit bedeutet gesellschaftspolitisch nichts anderes, als die Arbeitslosigkeit programmatisch wegzudefinieren und sich damit mit ihr abzufinden. Die in diesem Zusammenhang geäußerten Vorschläge, alle diejenigen, die keine bezahlte Erwerbsarbeit leisten, zumindest durch eine soziale Grundsicherung abzusichern, die einen eigenständigen Rechtsanspruch auf Einkommen begründen könnte, hätte unabsehbare Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme.

Die Kommission hat sehr lange darum gerungen, Lösungsvorschläge für die Probleme derjenigen zu finden, die unbezahlte gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten, andererseits aber vor allem auch den Problemen gerecht zu werden, die die Ausübung einer bezahlten Erwerbsarbeit heute aufwerfen. Entgegen den Vorstellungen Oskar Lafontaines hat sich eine Mehrheit der Kommission dafür entschieden, im Kapitel „Zukunft der Arbeit und der freien Zeit“ der Reform der bezahlten Erwerbsarbeit, anders ausgedrückt: der Befreiung *in der Arbeit*, eindeutigen Vorrang einzuräumen. Damit wurden die Interessen, Wünsche und Bedürfnisse derjenigen, die Kinder erziehen, alte und kranke Familienangehörige pflegen, sich weiterbilden wollen, nicht vom Tisch gefegt. Der Entwurf geht davon aus, daß das Arbeitsverhältnis in diesen Fällen für bestimmte Zeiten unterbrochen werden kann, im Rahmen der Reform der sozialen Sicherung Wege gefunden werden müssen, um auch

Erziehungsjahre, Weiterbildungsjahre oder Pflegejahre entsprechend sozialversicherungsrechtlich abzusichern. Auch sollen Möglichkeiten geprüft werden, ein sogenanntes „Sabbatjahr“, womit eine einjährige, weitgehend selbstbestimmte Weiterbildungsmaßnahme gemeint ist, arbeitsrechtlich so abzusichern, daß der Wiedereintritt ins Arbeitsleben ermöglicht wird.

Darüber hinaus soll durch eine entsprechende Weiterentwicklung kommunaler Infrastrukturen, den Ausbau von Kindergärten und Kindertagesstätten, die Weiterführung eines familiengerechten sozialen Wohnungsbaus und so weiter die Last der Familienarbeit weitgehend gemindert werden. Und vor allem: Durch eine Vollbeschäftigungspolitik, die allen die Chance zu humaner Erwerbsarbeit gibt, soll Männern und Frauen gleichermaßen die Möglichkeit gegeben werden, sich Familien- und Berufsarbeit zu teilen. Denn, das hat nicht zuletzt das Werkstattgespräch „Die Zukunft der Arbeit“ im April 1988 in Bonn deutlich gemacht: Jene vielbeschworene unbezahlte Arbeit, also Haus- und Familienarbeit, bedeutet oftmals sehr viel Plackerei, ist eine nie vollendete Aufgabe.

Den eindeutigen Vorrang, den der Programmentwurf auf Wege zur Befreiung *in* der Arbeit legt, bedeutet aber keinesfalls das Festhalten an jener weitgehend durch Entfremdung und Mühsal geprägten Realität der Arbeitswelt, wie wir sie heute vorfinden. Vielmehr fordert er die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, schlägt verschiedene Wege zur Arbeitszeitverkürzung und zur gerechten Verteilung der Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen vor. Darüber hinaus steckt er das angesichts gesellschaftlicher Realität zugegebenermaßen ehrgeizige Ziel einer umfassenden Humanisierung, Qualifizierung und Demokratisierung der Arbeitswelt.

Der tiefgreifende Strukturwandel der Arbeit, ihre Umgestaltung durch den zunehmenden Einsatz neuer Techniken, die ökologischen Dimensionen des Arbeitens, die weit über die traditionellen Fragen des Gesundheitsschutzes oder der Arbeitssicherheit hinausgehen: All diese Fragen werden ausführlich behandelt.

Der Programmentwurf verlangt eine zukunftsorientierte Arbeitspolitik, die durch eine wirtschaftlich und sozial vernünftige Kombination wirksamer Maßnahmen

- sinnvolle, dauerhafte Beschäftigung für alle schafft,
- Umweltprobleme - insbesondere den Energieverbrauch - ernsthaft, massiv, wirksam und schnell angeht,
- den rücksichtslosen Verschleiß der Gesundheit mindert,
- die Bundesrepublik als Industriestandort international wettbewerbsfähig erhält,
- Wissen, Einsatzbereitschaft und Kreativität der Menschen fördert und die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Dynamik von Wirtschaft und Gesellschaft sichert.

In diesem Zusammenhang hält der Entwurf ausdrücklich daran fest, daß eine gerechtere Einkommensverteilung Nachfrage und damit Arbeitsplätze schafft, hi diesem, meines Erachtens sehr differenzierten und der Problematik angemessenen Maßnahmenbündel erhält die Arbeitszeitverkürzung, die oftmals im Mittelpunkt der veröffentlichten Diskussion stand, den ihr zukommenden Stellenwert.

Inwieweit die 30-Stunden-Woche und der 6-Stunden-Tag angesichts der langfristigen Zeitdimension des Grundsatzprogrammes in einigen Jahren noch aktuell sind oder ob hier nicht ganz andere Wege gegangen werden müssen, um die Zeitsouveränität von Arbeitnehmern zu sichern, bleibt abzuwarten. Für die weitere Gestaltung der Arbeitswelt bedeutsamer sind indes jene Passagen, die nicht zu sehr auf die Zeit, wohl aber auf die Arbeitsouveränität der Beschäftigten abzielen. Wenn der Entwurf verlangt, daß „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darüber mitbestimmen (müssen), welche Arbeit, mit welcher Zielsetzung, in welchen Organisationsformen, zu welchen Zeiten geleistet werden soll“, so halte ich gerade diese Passage, angesichts des heute nach wie vor kaum eingeschränkten Direktionsrechts der Unternehmungen für das eigentliche Stück konkreter Utopie in diesem Entwurf. Zudem schlägt sich gerade hier das in den Grundsatzkapiteln ausdifferenzierte Politikverständnis der Sozialdemokratie nieder: das Vertrauen auf die Vernunft und Lernfähigkeit der Menschen, auf ihre berufliche, sachliche und politische Kompetenz, die Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit und ihrer Bereitschaft, die Arbeitswelt freiheitlich, das heißt durch sie selbst human zu gestalten.

Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft

Daß die Formulierung des Wirtschaftskapitels nicht ohne Kontroversen vonstatten gehen würde, war angesichts der Debatten um Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Wirtschaftspolitik in einer Marktwirtschaft, die die erste Phase der Programmdiskussion bis Irsee begleitet hatten, absehbar. Der Konflikt entzündete sich in der zweiten Programmkommission aber nicht nur an der Frage des Verhältnisses von Markt und Staat, sondern auch an der Frage, inwieweit überhaupt noch Handlungsspielräume für nationales wirtschaftspolitisches Handeln der öffentlichen Hand existieren. Angesichts zunehmender weltweiter Verflechtung der Wirtschaft, die die vor allem exportorientierte Bundesrepublik extrem von der Wirtschafts- und Finanzpolitik wichtiger Abnehmerländer abhängig macht, den hochsensiblen internationalen Kapitalmärkten, die über das nationale Zinsniveau mitentscheiden und für die Realisierung von Auslandserträgen wesentlich sind (Wechselkursschwankungen), den weltweit agierenden Multinationalen Konzernen, die über das Schicksal ganzer Regionen, über Arbeitsplätze und Investitionen von ihren Zentralen in Übersee aus entscheiden und unter anderem vorhandene Mitbestimmungsregelungen aushebeln, bleibt, so die Auffassung eines Teils der Kommission, für nationale Wirtschaftspolitik nur noch wenig Handlungsspielraum übrig. Die bevorstehende Vollendung des EG-Binnenmarktes verurteile eine rein natio-

nale Wirtschaftspolitik zum Scheitern. Andere hielten dem entgegen, daß die Wirtschaft der Bundesrepublik zwar extrem weltmarktabhängig sei, eine auf den bundesrepublikanischen Wirtschaftsraum orientierte Politik dennoch notwendig und erfolgversprechend sei. Das Ziel der Vollbeschäftigung, wie es im Kapitel Zukunft der Arbeit formuliert ist, verlangt nationales Handeln, wenn seine Realisierung nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertagt werden soll. Nationale Wirtschaftspolitik ist aber auch unabdingbar, weil eine ökologische und soziale Erneuerung der Volkswirtschaft nur Aussicht auf Erfolg hat, wenn sie sich in einem Gesamtzusammenhang betrieblicher und außerbetrieblicher Strukturpolitik vollzieht - das heißt auch von unten nach oben, von der lokalen Ebene über die Region bis hin zur gesamten Republik. Auch im europäischen und internationalen Rahmen kann der Wirtschaftsstandort Bundesrepublik nach wie vor durch nationale wirtschaftspolitische Maßnahmen gestärkt werden; so verbleiben zum Beispiel in der Qualifizierungspolitik, in der Arbeits- und Arbeitszeitpolitik, in der regionalen Strukturpolitik der öffentlichen Hand, im Umweltschutz, aber auch in der Einkommens- und Steuerpolitik erhebliche Handlungsspielräume. Das schließt europäische und internationale Regelungen nicht aus, wie sie im endgültigen Programmtext detailliert aufgezählt werden. Vor allem die Forderungen, die zur Gestaltung des Sozialraums Europa erhoben werden, sind mittel- bis langfristig eine unabdingbare Voraussetzung zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung und zur Sicherung der Mitbestimmung. Der Entwurf betont daher ausdrücklich die Notwendigkeit nationaler Verantwortung für die Wirtschaftspolitik, das heißt vor allem für die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung.

Die zweite, in der Öffentlichkeit ebenfalls intensiv verfolgte Debatte entzündete sich an der Formulierung des Kapitels Wirtschaftsdemokratie. Daß hier die Gegensätze aufeinanderprallten, hat sicherlich seine Ursache in der in der SPD nach wie vor umstrittenen Frage, ob die Partei zur Wiedererlangung wirtschaftspolitischer Kompetenz - und damit nicht zuletzt der Regierungsfähigkeit - ein stärker marktwirtschaftlich orientiertes Profil brauche. Gerade angesichts der auf mehr Markt, Privatinitiative und Leistung abzielenden Reformpolitik in der Sowjetunion, in Ungarn und in China erklärten manche Mitglieder der Programmkommission die Kontroverse um Markt und Lenkung schlicht für anachronistisch. Da trotz der dringend reformbedürftigen Zentralverwaltungswirtschaften östlicher Prägung auch der westeuropäische und westdeutsche Kapitalismus nicht krisenfrei ist und im Wirtschaftsraum Europa 18 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz suchen, mußte gleichwohl eine Antwort auf die Frage gefunden werden, wie Sozialdemokraten Ziele wie die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, humane Erwerbsarbeit für Frau und Mann, ökologisch sinnvolles Arbeiten und so weiter erreichen wollen. Peter von Oertzen hat mit seinem Formulierungsvorschlag zum Kapitel Wirtschaftsdemokratie sicherlich viel dazu beigetragen, allzu euphorische Vertreter einer marktwirtschaftlichen Orientierung in erhebliche Begründungsnöte zu bringen. Allerdings mochte auch ich ihm bei der Forderung nach einem einheitlichen nationalen Wirtschaftsplan nicht ganz folgen,

auch wenn er von lokaler und regionaler Planung ausgeht und auf Bundesebene als orientierende zusammenfassende Direktive verstanden wird. Sein Vorschlag, die Aufsichtsräte und Vorstände von Groß- und Riesenunternehmen um die Vertreter von Umweltschützern und Verbraucherverbänden zu erweitern, birgt zudem die Gefahr einer Kompetenzvermischung zwischen den Aufgaben der Kapital- und Arbeitnehmervertreter in diesen Gremien und der von außerhalb agierenden Initiativen. Indessen konnte nicht zuletzt durch sein Beharren auf der Notwendigkeit gesellschaftlicher, das heißt politischer Gestaltung des Wirtschaftens im endgültigen Entwurf ein meines Erachtens sinnvoller Spannungsbogen zwischen notwendigen marktwirtschaftlichen Handlungsräumen als Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung und staatlicher Einflußnahme zur Durchsetzung ökologischer und sozialer Ziele gefunden werden.

So hält der Entwurf bei aller Betonung der Unentbehrlichkeit des Marktes für eine Koordination der Vielfalt wirtschaftlicher Entscheidungen, für den Leistungswettbewerb und die freie Konsumwahl der Verbraucher, bei aller Notwendigkeit unternehmerischer Leistung und der Unternehmensvielfalt daran fest, daß sich „ökologisch und sozial verantwortbares Wirtschaften nur erreichen“ läßt, wo der „Vorrang demokratischer Entscheidungen vor Gewinninteressen und Wirtschaftsmacht durchgesetzt wird“.

Wirtschaftsmacht, insbesondere von Großunternehmen, Multis und Banken durch verschärfte Wettbewerbsgesetze, Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen, starke Gewerkschaften und vor allem durch Herstellung einer größtmöglichen Öffentlichkeit über ihre strukturbestimmenden Entscheidungen gesellschaftlich zu kontrollieren, ist eine Kernaussage des Entwurfs. Darüber hinaus aber wird dem Staat eine aktive, vorausschauende Planung einschließende Rolle in der Wirtschaft zugewiesen. Dies kann auch zu staatlichen Entwicklungsplänen für Regionen, Länder oder den Gesamtstaat führen, die den autonomen Entscheidungen der Unternehmen Vorgabe und Orientierung sind.

Weitergehende Vorstellungen über die Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten auf allen Ebenen, die ein Beratungs- und Initiativrecht gegenüber der öffentlichen Hand haben und gerade bei der Restrukturierung von Regionen, die sich in der Krise befinden, für die Gewerkschaften ein wirksames Instrument außerbetrieblicher Mitbestimmung und arbeitnehmerorientierter Strukturpolitik hätten sein können, wurden in der Endberatung auf Wirtschafts- und Sozialausschüsse mit einer Vielfalt von Interessensvertretern und bloßem Antrags- und Vorschlagsrecht reduziert. Die Aussage, daß der Staat unter anderem Verantwortung für eine Politik der Vollbeschäftigung hat, bleibt allerdings solange deklamatorisch, wie die „Ausführungsbestimmungen“ für die zugehörige Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik fehlen. Hinweise für eine entsprechende Konzeption finden sich im Abschnitt öffentliche Finanzen, bei dessen Beratung vor allem die Finanzierung und Wirksamkeit staatlicher Investitionsprogramme strittig war. Die Erfahrungen

mit den Konjunkturprogrammen der sozialliberalen Koalition haben manche Kommissionsmitglieder zu einer skeptischen bis ablehnenden Haltung geführt. Die Frage, wie denn eine ökologische und soziale Erneuerung der Volkswirtschaft finanziell anzuregen sei, führte schließlich doch zur Bejahung von kurz- bis mittelfristig angelegten, in Zeiten der Konjunkturschwäche auch zeitweise kreditfinanzierten Investitionsprogrammen, mit denen qualitatives Wachstum in ausgewählten Sektoren mit dem Ziel der Schaffung neuer Arbeitsplätze angeregt werden kann.

Der nun vorliegende Text stellt alles in allem eine brauchbare und mehrheitsfähige Orientierung mittel- bis langfristiger sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik dar. Wenn die aufgestellten Forderungen und Ziele tatsächlich von Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung umgesetzt werden, können die Gewerkschaften, trotz manch weitergehender Aussage zur gesamtwirtschaftlichen Rahmenplanung und zur Vergesellschaftung, wie sie sich im DGB-Grundsatzprogramm findet, eine solche Politik unterstützen.